S 5 AS 1985/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	3.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 5 AS 1985/17
Datum	16.04.2021

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 AS 475/23
Datum	26.04.2023

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Es wird festgestellt, dass das Berufungsverfahren L 3 AS 1739/21 durch Berufungsrücknahme erledigt ist.

Außergerichtliche Kosten sind im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Die Kläger wenden sich gegen die endgültige Festsetzung von Leistungen und die damit verbundene Erstattungsforderung überzahlter Leistungen.

Der Beklagte setzte mit Bescheid vom 21.05.2013 die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II für die Kläger für die Zeit vom 01.01.2012 bis zum 30.06.2012 endgültig fest und forderte die Erstattung überzahlter Leistungen mit Bescheid vom 17.05.2013 vom Kläger in Höhe von 1.226,70 € sowie mit Bescheid vom 21.05.2013 von der Klägerin in Höhe von 1.226,70 €. Die Kläger stellten einen Überprüfungsantrag. Mit Bescheid vom 16.05.2017 setzte der Beklagte die endgültigen Leistungen neu fest. Mit weiterem Bescheid vom 16.05.2017 nahm der Beklagte seine Erstattungsbescheide vom 17.05.2013 und 21.05.2013 teilweise zurück und setzte die Erstattungsforderung wegen

Ã¼berzahlter Leistungen fÃ¼r den KlÃ¤ger auf 798,40 â¬ und fÃ¼r die KlÃ¤gerin auf 798,41 â¬ herab. Hiergegen legten die KlÃ¤ger am 06.06.2017 Widerspruch ein. Mit den Bescheiden vom 05.07.2017 nahm der Beklagte seine Erstattungsbescheide vom 17.05.2013 und 21.05.2013 teilweise zurÃ¼ck und setzte die Erstattungsforderung wegen Ã¼berzahlter Leistungen erneut fÃ¼r den KlÃ¤ger auf 798,40 â¬ und fÃ¼r die KlÃ¤gerin auf 798,41 â¬ herab. Mit den Bescheiden vom 11.07.2017 Ã¤nderte der Beklagte seine Bescheide vom 05.07.2017 und setzte die Erstattungsforderung wegen Ã¼berzahlter Leistungen fÃ¼r die KlÃ¤ger jeweils auf 757,62 â¬ herab. Mit den beiden Widerspruchsbescheiden vom 21.07.2017 wies der Beklagte die WidersprÃ¼che der KlÃ¤ger im Ã¼brigen zurÃ¼ck.

Hiergegen haben die KlÃ¤ger am 14.08.2017 (Aktenzeichen S 5 AS 1985/17) und 17.08.2017 (Aktenzeichen S 5 AS 2019/17), vertreten durch Rechtsanwalt V, jeweils unter Vorlage von vom KlÃ¤ger unter dem 26.07.2017 und von der KlÃ¤gerin unter dem 15.08.2017 unterzeichneten, fÃ¼r alle Instanzen geltenden und unter anderem die RÃ¼cknahme von Rechtsmitteln umfassenden Vollmachten, Klagen zum Sozialgericht (SG) Reutlingen erhoben. Mit Beschluss vom 19.11.2018 hat das SG Reutlingen die beiden Klagen zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbunden. Der Beklagte hat insoweit ein Teilerkenntnis abgegeben, als er die Erstattungsforderung wegen Ã¼berzahlter Leistungen fÃ¼r die KlÃ¤ger auf jeweils 542,13 â¬ herabgesetzt hat. Mit Gerichtsbescheid vom 16.04.2021 hat das SG Reutlingen den Beklagten unter AbÃ¤nderung der Bescheide vom 16.05.2017 in der Fassung der Ã¤nderungsbescheide vom 05.07.2017 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 21.07.2017 verurteilt, die Bescheide vom 17.05.2013 und vom 21.05.2013 abzuÃ¤ndern und den KlÃ¤gern Leistungen der Grundsicherung fÃ¼r Arbeitsuchende fÃ¼r Januar 2012 in HÃ¶he von 128,62 â¬, fÃ¼r Februar 2012 in HÃ¶he von 515,30 â¬ und fÃ¼r MÃ¤rz bis Juni 2012 in HÃ¶he von jeweils 407,30 â¬ zu bewilligen und von den KlÃ¤gern Ersatz Ã¼berzahlter Leistungen in HÃ¶he von jeweils noch 542,13 â¬ zu fordern, und im Ã¼brigen die Klagen abgewiesen.

Gegen das ihnen am 20.04.2021 zugestellte Urteil haben die KlÃ¤ger, vertreten durch Rechtsanwalt V, am 19.05.2021 Berufung zum Landessozialgericht (LSG) Baden-WÃ¼rttemberg eingelegt (Aktenzeichen L 3 AS 1739/21).

Eine BerufungsbegrÃ¼ndung ist trotz mehrfacher gerichtlicher Aufforderung nicht erfolgt.

Sodann ist eine Terminierung des Rechtsstreits fÃ¼r einen ErÃ¶rterungstermin auf den 16.01.2022 erfolgt.

Im Rahmen eines am 11.01.2023 gefÃ¼hrten Telefonats hat der Berichterstatter, nachdem ihm der KlÃ¤ger mitgeteilt hatte, dass er am ErÃ¶rterungstermin nicht teilnehmen kÃ¶nne, die Sach- und Rechtslage dargelegt und angeregt, die Berufung zurÃ¼ckzunehmen, womit sich der KlÃ¤ger einverstanden erklÃ¤rt hat, woraufhin der Berichterstatter ihm zugesagt hat, Rechtsanwalt V zu kontaktieren und ihm sodann RÃ¼ckmeldung zu geben. Der Berichterstatter hat sodann am 11.01.2023

Rechtsanwalt V telefonisch mitgeteilt, dass der Klager mit einer Berufungsreuecknahme einverstanden sei, woraufhin dieser ausgeuehrt hat, er werde sich mit dem Klager telefonisch in Verbindung setzen. In einem weiteren am 11.01.2023 gefuehrten Telefonat hat sodann Rechtsanwalt V dem Berichterstatter mitgeteilt, die Klager seien mit einer Berufungsreuecknahme einverstanden, so dass er nun die Berufung formgerecht zurueckzunehmen werde.

Mit dem aus seinem elektronischen Anwaltspostfach (beA) versandten und beim LSG Baden-Wuerttemberg am selben Tag elektronisch eingegangenen Schriftsatz vom 11.01.2023 hat Rechtsanwalt V unamens und in Vollmacht der Klager die Berufung zurueckgenommen.

Der Klager hat der Senatsgeschftsstelle am 07.02.2023 telefonisch mitgeteilt, dass er mit einer Berufungsreuecknahme nicht einverstanden sei. Rechtsanwalt V habe ihn telefonisch nicht kontaktiert und er habe diesem auch nicht sein Einverstndnis gegeben, die Berufungen zurueckzunehmen. In ihrem Schreiben vom 09.02.2023 haben die Klager ausgeuehrt, dass ohne ihr schriftliches Einverstndnis, wie mit dem Berichterstatter abgesprochen, unter Zuhilfenahme einer Vollmacht seitens des Rechtsanwalts V eine Klageruecknahme erfolgt sei. Die daraufhin erfolgte Zahlungsaufforderung sei umgehend zurueckzunehmen, da die Klageruecknahme der Schriftform beduefe und daher ungueltig sei, zumal Rechtsanwalt V sie zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vertreten habe und sich auerdem seit laengerer Zeit im Urlaub befinde, also die Klageruecknahme vom Gericht eigenmaechtig vorgenommen worden sei.

Daraufhin hat das LSG Baden-Wuerttemberg das Verfahren unter dem aktuellen Aktenzeichen fortgesetzt.

Die Klager haben keinen Antrag gestellt.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung als unzulssig zu verwerfen.

Mit Reuecknahme der Berufung sei der Gerichtsbescheid vom 16.04.2021 bestandskraefig geworden. Die sinngemaee Behauptung der Klager, dass sie dem Prozessbevollmaechtigten vor Reuecknahme der Berufung das Mandat entzogen haetten, lasse sich den Akten nicht entnehmen und sei auch nicht durch Beweisunterlagen belegt. Er gehe deshalb davon aus, dass der Prozessbevollmaechtigte zum Zeitpunkt der Berufungsreuecknahme weiterhin bevollmaechtigt gewesen sei, im Auftrag der Klager zu handeln. Das Handeln des Prozessbevollmaechtigten maessten sich die Klager zurechnen lassen.

Entscheidungsgruende

Der Senat konnte in Abwesenheit der Klager verhandeln und entscheiden, nachdem sie durch die ihnen zugestellte Terminsmitteilung vom 21.03.2023, in welcher ihnen das Erscheinen freigestellt worden ist, ordnungsgemaee zur

mündlichen Verhandlung geladen worden sind und sie darüber unterrichtet worden sind, dass auch im Falle des Ausbleibens von Beteiligten (beziehungsweise Bevollmächtigten) Beweis erhoben, verhandelt und entschieden werden und die Entscheidung auch nach Lage der Akten ergehen kann.

Die sich nach sinngemäßer Auslegung der Ausführungen der Kläger im Telefonat vom 07.02.2023 und im Schreiben vom 09.02.2023 auf die Fortsetzung des Berufungsverfahrens und Entscheidung in der Sache richtenden Begehren haben keinen Erfolg.

Wenn zwischen den Beteiligten Streit darüber besteht, ob eine Rücknahme des Rechtsmittels erklärt worden oder ob sie wirksam ist, ist das Rechtsmittelverfahren fortzuführen (BSG, Urteil vom 28.01.2009 – [B 6 KA 11/08 R](#), juris Rn. 21; Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, § 102 Rn. 12). Konsequentermaßen muss in dem fortzusetzenden ursprünglichen Rechtsmittelverfahren dann zunächst geklärt werden, ob das Verfahren nicht bereits durch eine wirksame Rücknahme des Rechtsmittels gemäß [§ 102 Abs. 1 Satz 2 SGG](#) erledigt ist. Kommt das Gericht zu dem Ergebnis, dass eine Erledigung der Hauptsache nicht eingetreten ist, hat es über das Rechtsmittel in der durch die Verfahrensordnung vorgegebenen Form zu entscheiden. Gleiches gilt auch, wenn das Gericht zu dem Ergebnis kommt, dass die Rücknahme des Rechtsmittels wirksam erklärt worden ist (BSG, Urteil vom 26.07.1989 – [11 RAr 31/88](#), juris Rn. 10; Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, § 102 Rn. 12). Das Gericht hat dann im Tenor festzustellen, dass der Rechtsstreit in der Hauptsache durch Klägerücknahme erledigt ist oder dass die Klage zurückgenommen ist (Burkiczak in jurisPK-SGG, § 102 Rn. 95).

Unter Zugrundelegung dieser Grundsätze ist festzustellen, dass der unter dem Aktenzeichen L 3 AS 1739/21 anhängige Rechtsstreit durch die am 11.01.2023 erfolgte Rücknahmeerklärung gemäß [§ 102 Abs. 1 Satz 2 SGG](#) erledigt ist.

Die in dem über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) im Sinne des [§ 65a Abs. 4 Nr. 2 SGG](#) des damaligen Prozessbevollmächtigten der Kläger, Rechtsanwalt V, an das elektronische Postfach des LSG Baden-Württemberg übermittelten Schriftsatz vom 11.01.2023 enthaltene Erklärung, die Berufung werde namens und in Vollmacht der Kläger zurückgenommen, ist ihrem Wortlaut nach eindeutig. Zweifel am Inhalt der Erklärung bestehen nicht und werden auch von den Klägern nicht geltend gemacht. Die Erklärung ist auch nicht unwirksam. Denn es sind keinerlei Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass Rechtsanwalt V bei ihrer Abgabe nicht mehr prozessbevollmächtigt gewesen wäre. Möglicherweise bestandene Vereinbarungen im Innenverhältnis vermögen die Wirksamkeit der Rücknahme des Rechtsmittels nicht zu beseitigen (Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, § 102 Rn. 7c). Im übrigen spricht gegen den Vortrag der Kläger, sie seien mit einer Berufungsrücknahme nicht einverstanden gewesen, Rechtsanwalt V habe sie telefonisch nicht kontaktiert und sie hätten ihm auch nicht ihr Einverständnis gegeben, die Berufungen zurückzunehmen, der Umstand, dass sich der Kläger in

dem mit dem Berichterstatter am 11.01.2023 gefÃ¼hrten Telefonat mit einer BerufungsÃ¼cknahme einverstanden erklÃ¼rt hat und Rechtsanwalt V sodann in einem weiteren am 11.01.2023 gefÃ¼hrten Telefonat dem Berichterstatter mitgeteilt hat, die KlÃ¤ger seien mit einer BerufungsÃ¼cknahme einverstanden, so dass er nun die Berufung formgerecht zurÃ¼cknehmen werde.

Eine Anfechtung, ein Widerruf oder ein Ungeschehenmachen dieser KlagerÃ¼cknahme auf sonstige Weise ist nicht mÃ¶glich, da sie als Prozesshandlung grundsÃ¤tzlich weder widerrufbar noch wegen Irrtums anfechtbar ist (BSG, Beschluss vom 19.03.2002 â [B 9 V 75/01 B](#), juris Rn. 3; BSG, Beschluss vom 24.04.2003 â [B 11 AL 33/03 B](#), juris Rn. 3; LSG fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 29.06.2021 â [L 6 AS 304/19](#), juris Rn. 14; LSG fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 25.08.2020 â [L 5 P 135/19](#), juris Rn. 31).

Nur ausnahmsweise ist im sozialgerichtlichen Verfahren der Widerruf einer ProzesserklÃ¤rung mÃ¶glich, wenn die Voraussetzungen fÃ¼r eine Wiederaufnahme des Verfahrens gemÃ¤Ã [Â§ 179](#) oder [Â§ 180 SGG](#) in Verbindung mit [Â§ 578 ff. ZPO](#) vorliegen (LSG fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 29.06.2021 â [L 6 AS 304/19](#), juris Rn. 15). Diese Tatbestandsvoraussetzungen sind im vorliegenden Fall nicht erfÃ¼llt. Die Voraussetzungen, wie zum Beispiel falsche eidliche Aussage des gegnerischen Prozessbeteiligten, UrkundenfÃ¤lschung, Urteilserschleichung, strafbare Amtspflichtverletzung eines Richters oder Auffinden einer bisher unbekanntes Urkunde, liegen offensichtlich nicht vor.

Damit hat die ausdrÃ¼cklich erfolgte RÃ¼cknahme der Berufung zwingend die Rechtsfolge des [Â§ 102 Abs. 1 Satz 2 SGG](#) ausgelÃ¶st (Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, Â§ 102 Rn. 9).

Ist der Rechtsstreit nach alledem nicht fortzusetzen, kann auch das Begehren der KlÃ¤ger auf Entscheidung in der Sache keinen Erfolg haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Der Senat hat die Revision nicht zugelassen, da die Voraussetzungen des [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#) nicht erfÃ¼llt sind.

Erstellt am: 07.06.2023

Zuletzt verÃ¤ndert am: 23.12.2024